



Gemeindetag
Baden-Württemberg

Gemeindetag Baden-Württemberg | Panoramastr. 31 | 70174 Stuttgart

**Gemeindetag
Baden-Württemberg
Kommunaler Landesverband
kreisangehöriger Städte und
Gemeinden**

Kreisverband Rhein-Neckar-Kreis:

Andreas Metz
Kreisverbandsvorsitzender
Schlossstraße 9
68549 Ilvesheim
Telefon: +49 621/49660-110

Andreas.Metz@Ilvesheim.de

Ilvesheim, 03.11.2022

Kein „Weiter-so“: Eine Art von Remonstration

Seit langem schon warnen die kommunalen Spitzenverbände vor der andauernden und zunehmenden Überlastung der Kommunen – ohne Erfolg. Bei den Verantwortlichen in den Städten und Gemeinden hat sich der Eindruck verfestigt, dass diese Warn- und Hilferufe in den Landtagen und im Bundestag schlichtweg ignoriert werden. Den Landes- und vor allem Bundespolitikern fehlt es offensichtlich an Erfahrungen in der Verwaltungsarbeit und der Kommunalpolitik – die „Bodenhaftung“ ist verloren gegangen.

Die dürftigen Ergebnisse des letzten Flüchtlingsgipfels sind ein weiterer Beleg dafür und der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringt. Ein weiteres Mal wurde deutlich, dass gravierende Probleme einfach auf die unteren Verwaltungsebenen wegdelegiert werden. Für die menschenwürdige Unterbringung von zusätzlichen Flüchtlingen ist in unseren Städten und Gemeinden einfach kein Platz mehr da; bezahlbarer Wohnraum fehlt ja heute schon überall. Zur Behebung dieser Wohnungsnot stehen den Kommunen keine geeigneten Instrumente zur Verfügung. Sämtliche bisher aufgelegten Programme sind hilflose Versuche, die von vorneherein zum Scheitern verurteilt sind und auch die Bundes-Bauministerin muss zugeben, dass ihre Zielvorgaben auch in 2022 wieder verfehlt werden.

Dabei wird übersehen, dass die Kommunen nicht nur die finanziellen Mittel zur Umsetzung ihrer Aufgaben benötigen – vor allem die Ressource „Mensch“ ist

begrenzt. Nach den zahlreichen Krisen der letzten Jahre – Corona, Flüchtlinge, Gasmangellage – sind unsere Mitarbeiter schlicht am Ende ihrer Kräfte.

Darüber hinaus sollen die Kommunen auch noch die gesamte Infrastruktur des Landes umbauen. Wir sollen vor Ort die Energie- und die Mobilitätswende bewältigen, die Wohnungsnot bekämpfen, die Digitalisierung beschleunigen, das Klima und nebenbei auch noch die Demokratie retten.

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen das Informationsfreiheitsgesetz umsetzen und gleichzeitig den Datenschutz beachten. Die Kommunen sind gezwungen unzählige Statistiken auszufüllen, Biotopverbund- und Wärmenetzplanungen zu erstellen. Förderanträge müssen über externe Dienstleister gestellt werden, da weder die Bundes- und Landesbehörden noch die Kommunen in der Lage sind, im Förderdschungel den Durchblick zu behalten.

Es ist nicht die Frage, ob die Kommunen bereit sind, die ihnen gestellten Aufgaben zu erfüllen, sie sind schlichtweg nicht mehr dazu in der Lage. Wer dies verkennt und immer weiter Hoffnungen und Erwartungen in der Bevölkerung (in Deutschland und darüber hinaus) weckt, der leistet einer gefährlichen Entwicklung Vorschub: Der Staat – und dieser wird in erster Linie vor Ort in den Kommunen erlebt – wird zunehmend als dysfunktional wahrgenommen. Das Vertrauen der Menschen in Politik und Verwaltung nimmt ab. Unser demokratisches System wird von immer mehr Bürgern als zur Lösung der drängendsten Probleme unfähig abgelehnt.

Wir Kommunen fordern daher:

- eine Rückbesinnung auf die Kernaufgaben der Kommunen (und des Staates)
- eine kritische Überprüfung der uns gestellten Aufgaben
- eine ergebnisoffene Diskussion über vorgegebene Standards
- die Entbürokratisierung und Entschlackung von Verfahren
- die kommunale Selbstverwaltung muss wieder gestärkt werden.
- eine ehrliche Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern
- das Allgemeinwohl muss wieder vor das Einzelwohl gestellt werden.

Unsere konkreten Forderungen:

Die sofortige Abschaffung der Umsatzsteuerpflicht §2b für Kommunen.

Bis auf weiteres Aussetzung der Einführung des Rechtsanspruchs auf eine Ganztagesbetreuung in der Grundschule.

Den Rechtskreiswechsel für Ukraine-Flüchtlinge rückgängig machen.

Genehmigungsverfahren für Wohnungsbau und andere Infrastrukturmaßnahmen beschleunigen. Dazu sind die Genehmigungsbehörden entweder zu ertüchtigen oder die Aufgaben auf die kommunale Ebene zu verlagern.

Anstatt immer neue Förderprogramme aufzulegen, muss die Finanzausstattung der Kommunen grundsätzlich verbessert werden.

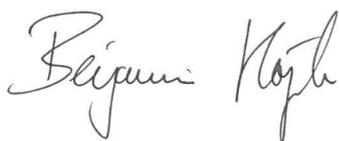
Dialog auf Augenhöhe von Legislative und Exekutive über die Machbarkeit von Gesetzesinitiativen vor deren Verabschiedung.



Bürgermeister Andreas Metz
Kreisverbandsvorsitzender
Kreisverband Rhein-Neckar-Kreis
Gemeinde Ilvesheim



Landrat Stefan Dallinger
Rhein-Neckar-Kreis



Bürgermeister Benjamin Köpfl
Gemeinde Laudenschbach



Bürgermeister Maik Brandt
Gemeinde Meckesheim



Oberbürgermeister Jörg Albrecht
Stadt Sinsheim



Bürgermeister Werner Braun
Gemeinde Spechbach



Bürgermeister David Faulhaber
Gemeinde Dossenheim



Bürgermeister Frank Volk
Stadt Neckargemünd



Bürgermeister Hagen Zuber
Gemeinde Zuzenhausen



Bürgermeister Jürgen Kirchner
Stadt Hemsbach



Bürgermeister Christoph Oeldorf
Stadt Schriesheim



Oberbürgermeister Dr. René Pörtl
Stadt Schwetzingen



Bürgermeister Nils Drescher
Gemeinde Plankstadt



Bürgermeister Gunter Jungmann
Gemeinde Reichartshausen



Bürgermeister Joachim Locher
Stadt Waibstadt



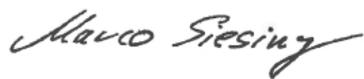
Bürgermeister Jan Frey
Gemeinde Schönbrunn



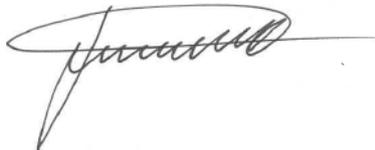
Bürgermeister Ralf Gänshirt
Gemeinde Hirschberg



Oberbürgermeister Dirk Elkemann
Stadt Wiesloch



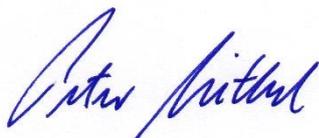
Bürgermeister Marco Siesing
Gemeinde Eschelbronn



Bürgermeister Wolfgang Jürriens
Gemeinde Helmstadt-Bargen



Bürgermeister Holger Karl
Gemeinde Bammental



Bürgermeister Peter Seithel
Stadt Rauenberg



Bürgermeister Thomas Seidelmann
Stadt Neckarbischofsheim



Bürgermeisterin Sibylle Würfel
Gemeinde Malsch



Bürgermeister Matthias Renschler
Stadt Walldorf



Bürgermeister Dr. Ralf Göck
Gemeinde Brühl (Baden)



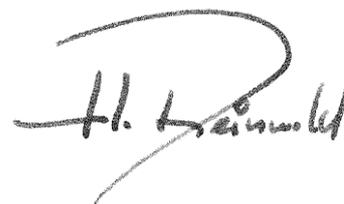
Bürgermeister Edgar Knecht
Gemeinde Lobbach



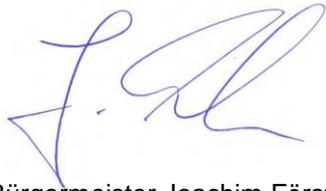
Bürgermeister John Ehret
Gemeinde Mauer



Bürgermeister Jens Spanberger
Gemeinde Mühlhausen im Kraichgau



Oberbürgermeister Hans D. Reinwald
Stadt Leimen



Bürgermeister Joachim Förster
Gemeinde Nußloch



Bürgermeister Eric Grabenbauer
Gemeinde Wiesenbach



Bürgermeister Frank Gobernatz
Gemeinde Neidenstein



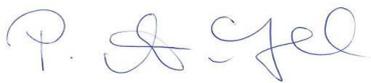
Bürgermeisterin Patricia Rebmann
Stadt Eppelheim



Oberbürgermeister Manuel Just
Stadt Weinheim



Bürgermeister Dr. Alexander Eger
Gemeinde St. Leon-Rot



Bürgermeisterin Petra Müller-Vogel
Gemeinde Gaiberg



Bürgermeister Frank Werner
Gemeinde Angelbachtal



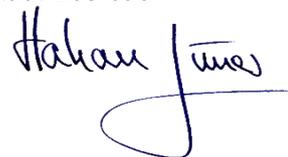
Bürgermeister Thomas Glasbrenner
Gemeinde Dielheim



Bürgermeister Peter Reichert
Stadt Eberbach



Bürgermeisterin Sieglinde Pfahl
Gemeinde Heiligkreuzsteinach



Bürgermeister Hakan Günes
Gemeinde Sandhausen



Bürgermeister Timo Wangler
Gemeinde Ketsch



Bürgermeister Dr. Tobias Dangel
Gemeinde Wilhelmsfeld



Bürgermeister Achim Weitz
Gemeinde Heddesheim



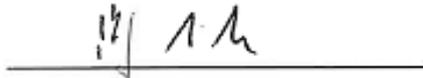
Bürgermeister Stefan Schmutz
Stadt Ladenburg



Oberbürgermeister Marcus Zeitler
Stadt Hockenheim



Bürgermeister Thomas Jakob-Lichtenberg
Stadt Hockenheim



Bürgermeister Stefan Weisbrod
Gemeinde Reilingen



Bürgermeister Uwe Grepels
Gemeinde Altlußheim



Bürgermeister Gunther Hoffmann
Gemeinde Neulußheim